

## DAS SCHLÄGLE DER REPUBLIK

Warum die parlamentarische Demokratie Macht abgeben muss, um sie zu behalten

Von Dr. Raban Daniel Fuhrmann · Entwurf 21.09.2026

Früher sagte man auf dem Land, jemand habe „ein Schlägle“ gehabt. Gemeint war kein großer Infarkt, sondern ein leichter. Man überlebt ihn und kommt nach ein paar Wochen wieder auf die Beine. Aber der Arzt sagt einen Satz, der hängen bleibt: Wenn Sie so weitermachen wie bisher, kommt der nächste – und den überleben Sie vielleicht nicht.

Die jüngsten Landtagswahlen sind ein solches Schlägle / Warnsignal für die Bundesrepublik. Der Patient lebt. Institutionen arbeiten. Regierungen werden gebildet, das Grundgesetz gilt. Doch wer die Ergebnisse als bloßen Stimmungsausschlag abtut, der sich mit besserer Kommunikation oder einem schärferen Profil wieder einfangen lässt, verkennet die Diagnose. Es geht nicht um eine Krise in unserem demokratischen Modell. Es geht um eine Krise **des** Modells.

## EINE FORM, DIE ABGESCHRIEBEN IST

Das parlamentarisch-bürokratische Modell ist im 19. Jahrhundert entstanden und wurde nach 1945 zum Goldstandard erklärt. Es hat Deutschland Jahrzehnte des Friedens und Wohlstands gesichert. Aber es ist in doppeltem Sinne überkommen.

Erstens funktional. Ob Wohnungsbau, Rente, Pflege, Integration oder Infrastruktur: Die Menschen haben den Eindruck, dass sie alle Versprechen schon einmal gehört haben – von allen seriösen Parteien, in wechselnden Koalitionen. Geändert hat sich wenig. Das Gefühl, das daraus erwächst, ist nicht in erster Linie Wut. Es ist Ohnmacht.

Zweitens erleben wir eine doppelte exponentielle Krisenverschärfung. Die Herausforderungen sind in ihrer Komplexität und Verflechtung dramatisch gestiegen. Zugleich sind die Erwartungen und Sensibilitäten der Bürgerinnen und Bürger gewachsen, gerade bei den Jüngeren. Die Volksparteien der Nachkriegszeit funktionierten auch deshalb, weil die Mehrheit einen stillen Grundvertrag hatte: Die machen das schon. Dieser Vertrag ist aufgekündigt. Wenn die Probleme immer komplexer und die Menschen immer anspruchsvoller werden, kann man nicht im alten Modus weitermachen.

## WARUM PARTEIEN SICH NICHT SELBST HEILEN KÖNNEN

Man könnte einwenden: Dann braucht es eben andere Parteien mit besseren Programmen. Doch das Problem liegt tiefer, in der Logik der Parteiendemokratie selbst.

Parteien rekrutieren vor allem Menschen mit ausgeprägten weltanschaulichen Überzeugungen, die ihre Organisationen vor sich hertreiben. Und wer sich stärker engagiert und Posten übernimmt, verbindet damit fast zwangsläufig auch Berufs- und Versorgungserwartungen. Das ist menschlich verständlich. Ein Mandat ist ein reizvoller Job mit echten Privilegien. Aber es erzeugt eine strukturelle Befangenheit: nicht Korruption im strafrechtlichen Sinn, sondern eine Verstrickung des Systems in sich selbst.

Die Folgen kennen wir: ein Staat, der Aufgaben, Stellen und Regelungen immer weiter anhäuft, bis der Gestaltungsspielraum erstickt ist. Nach achtzig Jahren stoßen wir regulatorisch und finanziell an Grenzen. Jedes Vorhaben wird beklagt, verzögert, zerredet. Wer etwas gestalten will, verliert die Lust.

Hinzu kommt ein bitteres Paradox: Selbst wenn Regierungen das Notwendige anpacken, werden sie dafür abgestraft. Die Lehre, die daraus gezogen wird, ist fatal: Reformen lohnen sich nicht.

Auch neue Kräfte entkommen dieser Logik nicht. Die Grünen traten einst mit dem Rotationsprinzip an, um genau diese Verfestigung zu verhindern. Es hat nicht gehalten. Und wer heute direkte Demokratie ins Wahlprogramm schreibt, wird sie kaum umsetzen, sobald er selbst von den Bequemlichkeiten des Systems profitiert. Innerhalb der Parteienlogik ist ein prozeduraler Paradigmenwechsel schlicht nicht vorgesehen.

## DIE LEHRE DER MONARCHIEN

Die Geschichte kennt einen Ausweg. In Europa haben nur wenige Monarchien überlebt, überwiegend im Norden. Warum? Weil sie rechtzeitig erkannt haben, dass sie Macht abgeben müssen, wenn sie überleben wollen. Aus absoluten wurden konstitutionelle Monarchien. Sie verloren an Macht und gewannen an Bedeutung: als verbindende Kraft, als Hort höherer Verantwortung.

Die katholische Kirche ging mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil einen ähnlichen Weg. Auch die Schweiz führte ihre direkte Demokratie auf Bundesebene ein, allerdings erst nach dem Sonderbundskrieg. Große Verfassungsreformen gelingen meist nach Zusammenbrüchen. Die Aufgabe unserer Generation ist es, sie vor dem Zusammenbruch zu schaffen.

Genau das ist die Warnung an das bundesrepublikanische Parlamentsmodell: Wenn es weiter bestehen will, muss es jetzt beginnen, Macht abzugeben – nicht an die Straße, nicht an Populisten, sondern an geordnete, transsektorale und deliberative Verfahren. Das Parlament verschwindet dabei nicht. Es wird, wie die konstitutionelle Monarchie, zu einem Ort der Bindung und Integration, der die Verfahren trägt, schützt und ihre Ergebnisse umsetzt. Aber es bestimmt nicht mehr allein die Spielregeln.

## EIN FITNESSPROGRAMM FÜR DIE DEMOKRATIE

Nach dem Schlägle verschreibt der Arzt keine Wunderpille, sondern eine Änderung des Lebenswandels. Übertragen auf das Gemeinwesen heißt das: Wir müssen uns selbst in Form bringen. Vier Übungen gehören dazu.

Erstens: Radikale Subsidiarität. Je größer die Einheit, desto größer die Versuchung, dass sie zur Beute wird – von Lobbyinteressen wie von Apparaten. Kommunalpolitik funktioniert erfahrungsgemäß besser, weil man sich kennt und Verantwortung sichtbar ist. Kompetenzen und Mittel gehören deshalb massiv nach unten. Kommunen sollten eine eigene Verfassungsautonomie und Experimentierklauseln erhalten, um neue Wege zu erproben, vom Bürgerhaushalt bis zu eigenen Instrumenten in der Wohnungspolitik.

Zweitens: Deliberative Verfahren für die großen Fragen. Rente, Gesundheit, Klima, Staatsfinanzen – diese Themen lassen sich nicht mehr parteipolitisch lösen, sondern nur gesamtgesellschaftlich. Der Weg dahin ist bekannt und erprobt: gemeinsame Faktenklärung mit Expertise aus unterschiedlichen Perspektiven, Beratung in zufällig ausgelosten Bürgerräten, am Ende eine verbindliche Entscheidung, auch per Abstimmung. Der Staat wird zum Gastgeber, der den Prozess ermöglicht und für die Umsetzbarkeit bürgt. Gute Kompromisse haben eine eigene Überzeugungskraft. Man stelle sich vor, die Bundesregierung hätte die Verwendung der Sondervermögen an ein solches Verfahren gebunden, so wie jeder Verein seine Mitgliederversammlung befragt, bevor er ein neues Vereinsheim baut. Die gesellschaftliche Wirkung wäre eine völlig andere gewesen.

Drittens: Eine lernende Demokratie. Regeln und Institutionen sind keine ewigen Gesetze. Selbst das Grundgesetz als Betriebssystem unserer Gesellschaft, muss regelmäßig geupdated werden ... gemeinsam!

Die prozedurale Wende erkennt, dass Regeln, um wirksam zu regeln, regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln sind. Eine jährliche Demokratiebilanz würde sichtbar machen, was funktioniert und was nicht – und sie wäre ein Anlass, stolz auf das Erreichte zu sein.

Viertens: Ein Gemeinwohldienst für alle. Beginnen könnte man mit fünf Tagen im Jahr, per Los zugeteilt, für alle, die in Deutschland leben: beratend in Bürgerräten oder praktisch im Quartier, gemeinsam mit Menschen, denen man sonst nie begegnen würde. Es geht darum, sich wieder als Gemeinwesen zu erleben, das zusammen Verantwortung übernimmt.

## GEBRAUCHT WERDEN

Hinter vielen Protestwahlen steht eine Erfahrung, die wir ernster nehmen müssen: das Gefühl,

nicht mehr gebraucht zu werden. Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien kennen es seit Jahrzehnten. Beschäftigte in der Industrie fürchten es jetzt. Junge Menschen erleben es beim Berufseinstieg. Künstliche Intelligenz wird diese Angst weiter verschärfen.

Ein Körper, der nicht gebraucht wird, baut ab. Das gilt auch für den Gesellschaftskörper. Deshalb lautet die Losung: mehr Mensch, weniger System. Die Menschen werden gebraucht für das, was nur Menschen können – das gemeinsame Abwägen, Aushandeln und Gestalten.

## EINE ZUKUNFTSERZÄHLUNG STATT EINER GROSSEN IDEOLOGIE

Wer nicht will, dass nationalistische und populistische Erzählungen das Feld beherrschen, muss eine eigene anbieten. Sie muss keine neue Heilslehre sein. Sie liegt vor unseren Augen.

Im vergangenen Jahrhundert haben wir Hunger, Kälte und viele Elendsfragen überwunden, weil wir in Naturwissenschaft und Technik innovativ waren: Wir haben Neues entwickelt, ausprobiert und verbessert. Niemand behandelt heute Kranke wie vor achtzig Jahren. Warum machen wir dann noch Politik wie vor achtzig Jahren?

Vor uns liegt ein Jahrhundert der sozialen und politischen Innovation. Deutschland kann zeigen, dass eine echte Transformation möglich ist – und dass sie bei uns selbst beginnt, bei der Art, wie wir zusammenleben und entscheiden.

## DER APPELL

An die Parteien der demokratischen Mitte gerichtet heißt das: Gebt Macht ab, bevor sie euch genommen wird. Nicht im Hauruck, sondern mit der Gesellschaft. Öffnet die großen Reformvorhaben für deliberative Verfahren, schafft Experimentierräume, stärkt die Kommunen. Das wäre kein Eingeständnis der Schwäche, sondern der klügste Weg, relevant zu bleiben.

Das Schlägle war die Warnung. Jetzt ist die Zeit, das Leben zu ändern.